

Antrag

öffentlich

Datum

08.02.2018

Nummer

A0021/18

Absender

Fraktion DIE LINKE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

22.02.2018

Kurztitel

Tarifmoratorium

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg spricht sich bis auf Weiteres gegen Fahrpreiserhöhungen der MVB GMBH & Co. KG im marego-Verkehrsverbund aus.
2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg weist die Mitglieder in der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH & Co. KG an, die Geschäftsführung zu beauftragen, bis auf Weiteres keiner Fahrpreiserhöhung im marego-Verkehrsverbund zuzustimmen.
3. Der Stadtrat weist die Aufgabenvertreter/innen der LH Magdeburg an, bis auf weiteres keiner Fahrpreiserhöhung im marego.-Verkehrsverbund zuzustimmen und beauftragt den Oberbürgermeister zugleich dem Stadtrat offenzulegen, wer die Aufgabenvertreter/innen im Einzelnen sind und ab sofort die Niederschriften der entsprechenden marego.-Gremien-Sitzungen dem Stadtrat in geeigneter Weise regelmäßig zur Verfügung.
4. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bittet die Vertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg im Aufsichtsrat der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG, bis auf Weiteres keiner Fahrpreiserhöhung zuzustimmen.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Auswirkungen eines Tarifmoratoriums auf die Wirtschaftsplanung der MVB GmbH & Co. KG bzw. den marego.- Verkehrsverbund zu untersuchen. Dabei sind auch etwaige Folgewirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg - und damit auf die Haushaltsplanungen - darzulegen.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in den entsprechenden Gremien aktiv auf Landes- und Bundesebene für eine bessere Finanzierung und einen weiteren nachhaltigen Ausbau des ÖPNV einzusetzen.

Begründung:

Mit dem Vorlauf von fast einem Jahr werden regelmäßig Tarifierhöhungen für die MVB beschlossen. Entsprechend findet sich ein Hinweis zum Abfahren alter Fahrscheine im Kalender der MVB. Solche Tarifierhöhungen betreffen in erster Linie sozial Benachteiligten und Vielnutzer*innen der MVB. Mangelnde finanzielle Ressourcen stellen ein Zugangshemmnis zum

ÖPNV dar, Noch-Nicht-Nutzer*innen des ÖPNV können nicht zum Umstieg bewogen werden. Ein Wechsel vom motorisierten Individualverkehr zum ÖPNV wird auf diese Weise mitnichten gefördert. Im Gegenteil, mehr Menschen entschließen sich, das Auto zu nutzen, wo zudem Spritpreise nahezu konstant bleiben. In Folge dessen entstehen für die Stadt höhere Kosten bei der Instandhaltung von Straßen, die die Allgemeinheit tragen muss.

Dennis Jannack
Stadtrat

Jenny Schulz
Stadträtin

René Hempel
Stadtrat

Chris Scheunchen
Stadtrat